

Antisemitismus als Form gesellschaftlicher Ausgrenzung

Tagung veranstaltet vom Promotionskolleg für Geistes- und Sozialwissenschaften der Philipps-Universität Marburg und dem Arbeitskreis „Kulturelle Identität und Alterität“
Marburg/Lahn, 26. bis 27. März 2007

Innerhalb der Forschung ist in den letzten Jahren das Bemühen deutlich zu erkennen, in der Analyse des Antisemitismus nicht allein seine eliminatorische Ausformung während der nationalsozialistischen Herrschaft zwischen 1933 bis 1945 zu erklären, sondern vielmehr seine Ursprünge vor 1933 und Fortwirkung nach 1945 zu ergründen. Insbesondere die Globalisierung und der Nahost-Konflikt bieten oftmals das Substrat antisemitischer Äußerungen. Die zweitägige Tagung „Antisemitismus als Form gesellschaftlicher Ausgrenzung“, veranstaltet vom Promotionskolleg für Geistes- und Sozialwissenschaften der Philipps-Universität Marburg in Kooperation mit der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Marburg e.V. und der Deutschen Kafka-Gesellschaft e.V., stellte sich dieser Problematik: Zum einen wollte sie die Frage nach den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus seit dem 19. Jahrhundert hinterfragen und hier insbesondere aktuelle Gestaltwerdungen des Antisemitismus kritisch ermitteln. Denn mit der Shoa hatte zwar der völkisch-rassische Antisemitismus seinen katastrophalen Höhepunkt erreicht, jedoch ist er nicht ohne die Klärung seiner Indoktrination in der deutschen Bevölkerung als „kultureller Code“ (Shulamit Volkov) im nationalistisch-borussophilen 19. Jahrhundert zu verstehen.

In diesem Sinne ist die Behandlung des Antisemitismus auch nach Auschwitz von erheblicher Bedeutung, die Anpassungsfähigkeit sowie zugleich Dauerhaftigkeit dieses Phänomens herauszuarbeiten. Dies zu explizieren erscheint umso dringlicher, weil judenfeindliche Äußerungen und Gewalttaten in jüngster Zeit global zunehmen. So betrachtete die Tagung zum anderen den Antisemitismus nicht allein als ein deutsches, sondern über die nationalen Grenzen hinweg vielmehr als ein globales sowie globalisiertes Phänomen.¹

Die behandelten Themen stellten durchweg Kernaspekte neuerer Forschungsprojekte vor. Die Tagung setzte sich dabei zum Ziel, die Funktionsweisen und Mechanismen des Antisemitismus als Form gesellschaftlicher Ausgrenzung zu benennen, Problembewusstsein zu schaffen und kritisch gegenzusteuern. Nicht zu letzt galt und gilt es, das Problem Antisemitismus erneut ins öffentliche Bewusstsein zu holen, nachdem sich in den letzten Jahren die Diskussion speziell um „Islamophobie“ und „Integrationsunwilligkeit von Migranten“ drehte.

Die Besichtigung der Marburger Synagoge und ein öffentlicher Abendvortrag leiteten am 27. März die Tagung ein. Der Archivar und Autor *Franz Josef Wiegelmann* (Siegen) referierte über das Thema „Judentum und Antisemitismus in der deutschsprachigen Publizistik aus sieben Jahrhunderten“. Seine anhand zahlreicher Quellen ausgeführte Kernthese lautete, dass die nationale Publizistik, insbesondere seit ihrer Entwicklung mit der Erfindung des Buchdruckes, ein negatives Judenbild zeichnete und auf diese Weise mithalf, über Jahrhunderte hinweg, antisemitische Stereotype in den Köpfen und Herzen der deutschen Bevölkerung zu

¹ Fritz Bauer Institut und Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hrsg.), *Neue Judenfeindschaft? Perspektiven für den pädagogischen Umgang mit dem globalisierten Antisemitismus* (Jahrbuch zur Geschichte und Wirkung des Holocaust 10), Frankfurt am Main, New York 2006.

befestigen, die letztendlich mithalfen, den Boden für die Verbrechen des Nationalsozialismus vorzubereiten. Als anschauliches Beispiel sei etwa das aus dem Frühmittelalter herrührende christliche Stereotyp der sog. jüdischen Hostienschändung erwähnt, das sich motivisch wie ein ‚roter Faden‘ durch die folgenden Jahrhunderte ziehen sollte und von mal zu mal brutalere Konsequenzen für die Juden zeitigte.

Am darauf folgenden Tag beschäftigten sich eingeladene Geisteswissenschaftler aus ganz Deutschland mit einigen unterschiedlichen Aspekten des Phänomens Antisemitismus.

Einleitend referierte *Thomas Hollerbach* (Marburg) über „Die Rolle des Patriotismus in der frühen Deutschen Nationalbewegung“. Darin ging es ihm vor allem um die problematische wie auch leider nur allzu selten thematisierte kalte Kehrseite jeglicher Liebesbeziehung (sei es in der romantischen Paarbeziehung, sei es in der ‚Vaterlandsliebe‘): Stifte sie einerseits Wärme, sei sie andererseits ‚kalt wie der Tod‘ – nach innen warm, nach außen kalt. Liebe sei, darauf legte Hollerbach entgegen der gängigen Auffassung besonderen Wert, an sich weder ‚unschuldig‘ noch ‚blind‘, sondern, ganz im Gegenteil, politisch verwertbar, halte sie die Individuen doch naturgemäß zu internen Hierarchisierungs- und Parzellierungsbemühungen an, um ihren eigenen, Exklusivität behauptenden Anspruch bewahren zu können: der im Patriotismus des frühen 19. Jahrhunderts propagierte gemeinschaftliche ‚Volkkörper‘ sei in sich zwar solidarisch und ‚liebepoll‘, nach außen hin aber ab- wie ausgrenzend gewesen.

Neben Deserteuren, Geisteskranken und anderen gesellschaftlichen Teilgruppen wurden auch die Juden in dieses ‚lieblose‘ Außen verbannt und mit einer unbeseelten wie toten Sinnlichkeit oder Natur identifiziert – und schieden somit in den Schriften der deutschen Propagandisten wie Johann Gottlieb Fichte oder Friedrich Ludwig Jahn als ‚liebenswert‘ aus. Hollerbach verband nun diese Liebes-Thematik mit den Gouvernementsstudien des französischen Sozialphilosophen Michel Foucault und stellte heraus, dass es sich bei den privaten wie öffentlichen Liebes- und Treueverhältnissen um historisch spezifische Formen von ‚Regierung‘ handelt. Der Status der Juden wurde innerhalb der zeitgenössischen, national eingefärbten Geschichtsphilosophien häufig als defizitär beschrieben: wurden sie einerseits als die Repräsentanten eines historisch überholten, schon ‚überlebten‘ Zeitalters betrachtet, wurden sie andererseits aber auch als diejenigen angesehen, welche die neuesten politischen Umwälzungen vorantrieben: zeitgenössisch prominentestes Beispiel war natürlich die Französische Revolution, als deren größte Profiteure die Juden erschienen. Wurde diese nun als ‚unnatürlich‘ abgelehnt, schien auch den Juden kein Ort in der Gegenwart bestimmt.

Dass sich antisemitische Texte als kulturkritische Texte beschreiben lassen, war der Leitfaden des Vortrags von *Andrea Geier* (Marburg) über „Antisemitismus als Kulturkritik. Über kulturelle Selbstverständigung in diffamierenden Reden über ‚Anderer‘“. Geier verstand es, diesen Sachverhalt der Verbindung von Kulturkritik und Antisemitismus anhand eines Querschnitts unterschiedlicher Textgattungen vom 18. bis zum 20. Jahrhundert herauszuarbeiten. Dies gelang der Referentin anhand fünf zentraler Argumentationsmuster, die den antisemitischen Diskurs von der Frühneuzeit bis heute durchzögen: 1. „Antisemitische Autoritäten und Genealogiebildung“, d.h. die Berufung auf und Tradierung von Topoi, die von ‚Klassikern‘ des Antisemitismus geprägt wurden; 2. „Die ‚jüdische Stimme‘ als Autorität“, bei der zur Legitimierung antisemitischer Äußerungen jüdische Intellektuelle und Autoren herangezogen werden; 3. „Gestus der Aufklärung: ‚wahre‘ Täter und ‚wahre‘ Opfer“ beschreibt, wie die antisemitischen Kulturkritiker endlich entgegen dem Druck einer ‚fiktiven jüdischen Lobby‘ die Wahrheit aussprechen; 4. Der Topos „Die Kulturkritik des Antisemitismus und die Sorge um die Nation“ dient dazu, die Missstände konsequent auf den ‚Anderen‘, den Juden, zu übertragen und um implizit zu versichern, dass die Lösung der ‚Judenfrage‘ zugleich die Wiederherstellung der originären eigenen Wertennormen erbringe; 5. „Die Figur der zwei Antisemitismen“, entwickelt am Ende des 19. Jahrhunderts, diene, so Geier, dann dem Zweck der Absetzung vom ‚primitiven‘ Radau-Antijudaismus und der Aufwertung der eigenen antisemitischen Auffassungen als scheinbar wissenschaftlich, um diese für das Bürgertum rezipierfähig zu machen.

Eine fundierte Bewertung aktueller Ereignisse von der Affäre Karsli/Möllemann über die Walser-Rede, der Affäre ‚Friedmann‘ und der Homann-Affäre bis hin zur Nahost-Reise der katholischen Bischöfe Anfang dieses Jahres scheute die Referentin keineswegs. Insbesondere ging sie in der sich anschließenden Diskussion auf die Rezeptionsschwierigkeit ein, Antisemitismus in seinen aktuellen Erscheinungsformen zu erkennen. Die wesentliche Schlussfolgerung war, dass in antisemitischen Texten nach 1945 die klassischen Stereotype oder Parolen zumeist nicht vorzufinden sind. Angesichts der Tabuisierung dieser Stereotype mittels einer Kommunikationslatenz bedeutet ein solches Vorgehen die öffentliche Diskreditierung. Dennoch gibt es Versuche von in der Öffentlichkeit stehenden Personen, die Grenze des Sagbaren um rechtsnationalistische und -extreme Positionen auszudehnen. Gegen diesen ‚Dammbruch‘ – so Geier – gilt es einzuschreiten.

Caspar Battegay (Heidelberg) konnte in seinem Vortrag „Die Judenzählung vor Verdun (1916). Zur anti-antisemitischen Poetik einer publizistischen Intervention Arnold Zweigs“ zeigen, wie sich in Arnold Zweigs „Judenzählung vor Verdun“ (erschienen 1917 in der „Schaubühne“) deutsch-jüdische Identität unter dem Eindruck der von der deutschen Heeresleitung angeordneten und antisemitisch motivierten Judenzählung im Weltkrieg verdichtete. Zweigs Schrift – so der Referent – sei als Äußerung im Rahmen des innerjüdischen Gesprächs zu werten, in dem als Dialogpartner vor allem Martin Buber von zentraler Bedeutung erscheint. In seinem Vortrag wies Battegay nach, wie ein literarischer Text neben der Reaktion auf historische Ereignisse mehr noch appellativ historisches Bewusstsein schaffen kann. Zweigs Poetik des Anti-Antisemitismus beschränkte sich nämlich nicht allein auf das Entkräften der als irrational entlarvten stereotypen Beschuldigungen. Vielmehr versuchte er aus dem historisch gewachsenen Wissen um die Fruchtlosigkeit dieser Bemühungen eine eigene ‚Jüdischkeit‘ zu kreieren. Ergebnis dieser Bemühungen war laut dem Referenten, dass das eigene Anders-Sein erkannt, akzeptiert, aber bewusst äußerst positiv gewendet wurde.

Als nächstes sprach *Herbert Bayersdorf* über das Thema „Jüdische Studentenvereine und -verbindungen an der Technischen Hochschule Darmstadt“. Er referierte, dass den im russischen Ansiedlungsrayon zusammengepflegten Juden, neben der Auswanderung, als politische Handlungsalternative nur der Weg in die Utopie des Zionismus oder des Sozialismus blieb. Den deutschen jüdischen Studenten sei die deutsche studentische Gemeinschaft verschlossen geblieben, so dass sie deswegen ihre eigenen Gemeinschaften schaffen mussten. Deswegen, so resümierte Bayersdorf, verdankten alle drei unterschiedlichen politischen Richtungen der jüdischen Studentenvereine an der Technischen Hochschule Darmstadt ihre Existenz dem Antisemitismus. In der Zeit zwischen 1897 und 1913 sei an der TH seitens der deutschen Studenten kein antisemitischer Zwischenfall vermerkt worden. Auch die Auswertung der Diplomakten brachte nach Bayersdorf keinerlei Anzeichen dafür, dass die Professorenschaft oder andere Hochschulorgane russische/jüdische Studenten diskriminierten oder benachteiligten. Einzig auf der politischen Ebene wurde dauerhaft von Parlamentsdebatten berichtet, bei denen nicht nur Mitglieder der Antisemitenfraktion gegen die osteuropäischen Juden der Darmstädter Studentenschaft hetzten. Um so bestürzender sei dann der Ausbruch roher Gewalt gewesen, dem der jüdische Student Alfred Weiser aus Czenstochau im November 1912 zum Opfer fiel. Danach zeichneten sich auch die Positionen der Akteure zur Ausländer- und Judenfrage ab. Bayersdorf berichtete, dass die Hochschulleitung offiziell von einer unstudentischen und einzig durch Alkohol motivierten Tat ausging. Sie warnte die betroffenen jüdischen Gruppen sogar davor, offizielle Reaktionen jeglicher Art zu zeigen, welche die Hochschule in Verruf bringen könnten. Die Kooperationen nutzten die Gelegenheit, ausländische und indirekt besonders die jüdischen Studenten anzugreifen bzw. ihnen die eigene Schuld an dem Mord zuzuweisen. Bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs sank jedoch, laut Bayersdorf, der gerade erst offensichtlich gewordene Antisemitismus weiter Kreise der TH wieder in einen von außen nicht wahrnehmbaren Zustand zurück.

Anschließend sprach *Kerstin Zimmer* (Marburg) vom Marburger Zentrum für Konfliktforschung der Philipps-Universität Marburg über das Thema „Antisemitismus und jüdische Migration in Osteuropa“. Die These, mit der sie ihren Vortrag eröffnete, lautete, dass in der Sowjetunion der Antisemitismus als ein strategisches Element innerhalb des totalitären Systems eine politische wie auch immanent stabilisierende Rolle spielte oder zumindest spielen sollte, dass aber auch nach dem Ende der Sowjetunion derselbe sich von

einer mehr staatlichen zu einer vorwiegend gesellschaftlichen Ebene hin transformiert habe und man insofern lediglich von einem Formenwandel des Phänomens Antisemitismus sprechen kann – wohlgermerkt, ein Formenwandel, jedoch nicht das Ende seines Auftretens überhaupt.

In einem instruktiven Geschichtsabriss, der sich von den mittelalterlichen Migrationsbewegungen der Juden aus Deutschland, Österreich, Ungarn, der Krim und Litauen, über die Thematisierung der Juden im Zarenreich des 19. Jahrhunderts bis hin zur Revolutionszeit 1917 sowie den Stalinistischen Säuberungen, der widersprüchlichen Nationalitätenpolitik der 30er Jahre wie der massenhaften Ermordung der Juden auf sowjetischem Territorium in den Kriegsjahren bis zum Aufweis des von staatlicher Seite instrumentell gehandhabten Antisemitismus samt Emigrationsbestimmungen als außenpolitisches Mittel im Kalten Krieges erstreckte, wurde abermals wieder deutlich, dass der Antisemitismus weniger ein eigenes Wesen und eigene Substanz hat als vielmehr, dass er von den jeweils politischen Kontexten abhängt und gegebenenfalls daran ‚angepasst‘ wird, um regelrecht als politisches Macht- wie Repressionsinstrument zu fungieren. So war auch die jüdische Emigration aus der Sowjetunion heraus bedingt durch eine umfassende staatliche Politik, die nach eigenen, allein sowjetisch bemessenen, Opportunitätsgründen das schwankende Verhältnis zum neugegründeten Staat Israel (Anerkennung Israels 1948/ Abbruch der diplomatischen Beziehungen 1967) bestimmte.

Besonderen Wert legte Zimmer auf das Siedlungsgebiet der heutigen Ukraine, das schon immer multiethnisch und von zahlreichen Zu- und Auswanderungswellen geprägt war. Letztere wurden vor allem durch die geographische Lage ermöglicht. In den allerletzten Jahren ist in der unabhängigen Ukraine der Antisemitismus allerdings kein isoliertes Phänomen mehr, es handelt sich vielmehr um eine allgemein zu bemerkende ansteigende Fremdenfeindlichkeit. Die jüdische Emigration aus der Ukraine wird nur in geringem Maße durch Antisemitismus bedingt, so spielen nun sozioökonomische Faktoren bei den Imigrationserwägungen eine tragende Rolle, bevorzugte Länder sind dabei Israel, die USA sowie Deutschland. Insgesamt und abschließend sei nach Zimmer festzuhalten, dass die verdeckte wie auch offene Xenophobie in den Jahren 1992-2005 signifikant zugenommen hat. Darin drücke sich eine Ablehnung aus, die nun nicht mehr allein die Juden treffe, sondern variable Adressaten ausmachen möchte.

Daran schloss sich der Vortrag von *Elena Panagiotidis* (Marburg) mit dem Thema „Das Königreich Jugoslawien – Land ohne Antisemitismus?“ an, in dessen Titel sich auch die Hauptthese ihres Vortrages ankündigte. Panagiotidis eröffnete mit einem geschichtlichen Überblick, der sich mit der sozialen und politischen Situation der Juden in den ehemals unter osmanischer bzw. österreich-ungarischer Herrschaft stehenden Gebieten Jugoslawiens befasste. Nach 1918 strebten die maßgeblichen Vertreter der Kroaten und Slowenen zunächst eine eigene Staatsbildung an, jedoch bewog der nach Kriegsende stark ausgreifende Imperialismus Italiens die Vertreter beider Völker, der Vereinigung aller südslawischen Völker ‚unter einem Dach‘ im Königreich Jugoslawien zuzustimmen. Die Staatsbezeichnung wurde im Zuge der Verfassungsreform nach dem gelungenen Staatsstreich des Königs im Jahr 1929 in Königreich Jugoslawien (1929-1941) geändert. Das Königreich Jugoslawien war ein Vielvölkerstaat in Südosteuropa, der vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zur Besetzung durch das nationalsozialistische Deutschland 1941 existierte. Von Beginn an war die politische Situation des neuen Staates trotz des in der Zwischenkriegszeit geprägten Begriffes des ‚Dreiamigen-Volkes‘, das doch eins sein sollte, von dem sich zuspitzenden Konflikt zwischen den föderalistisch gesinnten kroatischen Parteien und den zentralistisch gesinnten serbischen Parteien geprägt. Während in Nachbarländern Jugoslawiens wie Ungarn und Rumänien die Zwischenkriegszeit von antisemitischer Politik bestimmt war, spielte Antisemitismus im Königreich Jugoslawien kaum eine Rolle. Physische Übergriffe auf Juden sind nicht belegt, die Belgrader Regierung betonte immer wieder, dass es keine „jüdische Frage“ im Lande gebe und versicherte den jüdischen Gemeinden im Land ihre Freundschaft. Der Kroatisch-Serbische Gegensatz dominierte eindeutig das politische Geschehen. Der in manchen Publikationen und kleinen Gruppen auftretende Antisemitismus war meist wirtschaftlich konnotiert. Mitte der 1930er Jahren kam es zu einer zunächst kaum wahrnehmbaren Verschärfung des Klimas. Die Besetzung und Zerschlagung Jugoslawiens durch Deutschland im April 1941

bedeutete das Ende der etwa 75.000 Mitglieder zählenden jüdischen Gemeinden des Landes. Die Mehrheit der Juden im „Unabhängigen Staat Kroatien“ als auch in den unter deutscher, ungarischer, bulgarischer und italienischer Herrschaft stehenden Landesteilen wurden ermordet.

Abschließend referierte *Samuel Salzborn* (Gießen) über „Antisemitismus in Deutschland: Zwischen offener Ablehnung und latentem Ressentiment“ und gab damit einen Ergebnisbericht seines im Rahmen des DFG-Graduiertenkollegs „Gruppebezogene Menschenfeindlichkeit“ durchgeführten Projektes „Antisemitismus als Element Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: Strukturen, Kontexte und Dynamiken“. Ausgehend von den in der Antisemitismusforschung in Bezug auf Deutschland unterschiedenen vier Spielarten der Judenfeindschaft (christlich-religiöser Antijudaismus, biologisch argumentierender Rassenantisemitismus, sekundärer Antisemitismus, antizionistischer Antisemitismus) stellte der Referent fest, dass in der jüngeren Vergangenheit in der Öffentlichkeit insbesondere den beiden zuletzt genannten Formen große Bedeutung zukommt. Die Artikulation von religiösem bzw. rassischem Antisemitismus habe dagegen seit 1945 kontinuierlich nachgelassen. Dagegen zeige sich im Rahmen quantitativer Studien ein steigender Gebrauch von sekundärem und antizionistischem Antisemitismus im gesellschaftlichen Diskurs.

Salzborn konnte anhand einer ausführlichen Erläuterung seines innovativen methodischen Vorgehens zeigen, dass es in jüngster Vergangenheit eine prinzipielle Zunahme der Bereitschaft zur Kommunikation antisemitischer Einstellungen zu verzeichnen ist und dass diese Erosion der „Kommunikationslatenz“ (Rainer Erb, Werner Bergmann) mit der Enttabuisierung von antizionistischem und sekundärem Antisemitismus ursächlich zusammenhängt. Methodisch ging das Projekt vom Integrationskonzept eines Nacheinander von quantitativer und qualitativer empirischer Forschung aus. Salzborn untersuchte im Rahmen einer qualitativen Zusatzstudie, die als Substichprobe aus der Grundgesamtheit eines GMF-Surveys gezogen wurde, strukturierte Tiefeninterviews. Dies eröffnete die Möglichkeit, nicht kommunizierte Motive aufzudecken. Ziel ist dabei vor allem, hinter die Oberflächenstruktur des Antisemitismus zu kommen. Mittels dieses Vorgehens kam der Referent zu dem Schluss, dass antisemitische Einstellungsmuster in einem erheblich größeren Ausmaß in der Bevölkerung Platz haben, als bisher angenommen: anstelle der in regelmäßigen Umfragen ermittelten 20 bis 30% muss von mehr als der Hälfte der Befragten ausgegangen werden. Ob allerdings die psychoanalytischen Theoreme wirklich den optimalen Zugriff für diese wichtige Forschung darstellen, wurde in der sich anschließenden Diskussion detailliert, jedoch ohne endgültiges Ergebnis erörtert.

Anschließend fand eine Führung über den jüdischen Friedhof in Marburg statt, welche die familiären wie auch politischen Hintergründe der ‚wichtigsten‘ Gräber ausführlich besprach.

Der Vortrag von *Johannes Heil* (Heidelberg) über „Gottesfeinde‘, ‚Menschenfeinde‘. Die Vorstellung von jüdischer Weltverschwörung im 13.-17. Jahrhundert“ bildete den Abschluss des Tagungsprogramms. Die Vorstellung einer jüdischen Weltverschwörung sei das Leitmotiv der Judenfeindschaft in der Moderne, aber die Wurzeln liegen auch hier in ferner Vergangenheit. Heil konnte in einem erfrischend lockeren Vortrag und einer sich anschließenden offenen Diskussion dabei eindrucksvoll die Verschwörungstheorien der Vergangenheit in Bezug zu denen der Gegenwart setzen. Eine besondere Bedeutung spielte nach Heil dabei die Säkularisierung der ursprünglich allein metaphysisch verstandenen biblischen Motive der Apokalypse: war diese vordem aufgehoben in einer trost- wie heilspendenden christlichen Teleologie, wurde sie späterhin ohne harmonisierende – allein durch Gott beglaubigte – Versöhnung wahrgenommen. Nach wie vor im westlichen Denken präsent, erschien der verlustig gegangene Glaube an metaphysische Versöhnung fortan als irreduzibel: er veranlasste, das irdische Schicksal fortan in die eigene Hand nehmen zu wollen und den vormals innerhalb der biblischen Apokalypse ausgemachten Gottesfeinden, den Juden, nun als Menschenfeinden zu begegnen, sie als vermeintlich tödliche Bedrohung zu kennzeichnen und als solche zu verfolgen.

André Griemert (Marburg), Thomas Hollerbach (Marburg)

Kontakt:

André Griemert

Bettenweg 12

35043 Marburg

E-mail: Griemert@gmail.com

Thomas Hollerbach

Lerchesbergring 85

60598 Frankfurt

E-mail: Hollerba@students.uni-marburg.de

Copyright

Arbeitsgemeinschaft historischer Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2007.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München

Telefon: 089 – 13 47 29, Fax: 089 – 13 47 39

E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2007, Nr.070

URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2007/070-07.pdf>